

Bewegung findet zwischen den Stühlen statt

„Artikel Eins“/„Artikel Eins - Online" oder: Wer vertritt die Menschenwürde?

Resolution der Kommunarden:

*In Erwägung unsrer Schwäche machtet
Ihr Gesetze, die uns knechten solln.
Die Gesetze seien künftig nicht beachtet
In Erwägung, daß wir nicht mehr Knecht sein wolln. [...]
In Erwägung, daß da Häuser stehen
Während ihr uns ohne Bleibe laßt
Haben wir beschlossen, jetzt dort einzuziehen
Weil es uns in unsern Löchern nicht mehr paßt. [...]
In Erwägung, daß wir der Regierung
Was sie immer auch verspricht, nicht traun
Haben wir beschlossen, unter eigener Führung
Uns nunmehr ein gutes Leben aufzubaun.
B.Brecht*

In den sozialen Bewegungen der Bundesrepublik ist in den letzten Monaten Einiges passiert: Die alten sozialen Bewegungen, die Gewerkschaften, schicken sich zaghaft an, ihre Möglichkeiten der Gegenwehr gegen Sozialabbau auszuprobieren. Die nächsten Tarifverhandlungen werden zeigen, ob der jahrelange Lohnabbau in der Bundesrepublik durch die Lobby-Vereinigungen weitergeführt werden kann. Wenigstens die beiden großen Einzelgewerkschaften beschränken sich nicht mehr auf Tarif- und Mitbestimmungsfragen, sondern versuchen auch wieder ein Faktor in der Auseinandersetzung um gesellschaftspolitische Angriffe wie die faktische Rentenkürzung oder die sogenannte Gesundheitsreform zu werden. Es bleibt von der propagierten Generationensolidarität nicht viel übrig, wenn Menschen, die von Erwerbsarbeit abhängig sind, es gesundheitlich und wegen Entlassungen schon jetzt nicht mehr schaffen, auf die notwendige Lebensarbeitszeit für den Renteneintritt zu kommen und auf der anderen Seite junge Menschen ohne Ausbildungsplatz schon zu den „Überflüssigen“ gerechnet werden.

500+10+30=emanzipatorische Lösung der sozialen Frage

Es ist auch richtig, dass viele erwerbslose und prekär beschäftigte Menschen in diesem reichen Land sich desillusioniert darauf einstellen, dass sie an ihrem Lebensende nur noch die Altersarmut der sogenannten „Grundsicherung“ erwarten wird. Deshalb ist die Forderungs-Triade des Aktionsbündnisses Sozialproteste (ABSP) richtig: Wir brauchen ein existenzsicherndes, wie repressionsfreies Mindesteinkommen (ohne dabei die Debatte um ein Grundeinkommen aufzugeben) genauso wie einen gesetzlichen Mindestlohn, und ohne eine wirkliche Arbeitszeitverkürzung und eine faire Umverteilung der vorhandenen Erwerbsarbeit und eine Finanzierung gesellschaftlich sinnvoller Arbeit wird es keine emanzipativen Antworten auf die soziale Frage im globalisierten Kapitalismus geben (Siehe dazu: Die formulierten programmatischen Forderungen des ABSP im Rahmen des Erfurter Sozialforums und die Thesen des ABSP auf der ersten Strategie- und Aktionskonferenz 2005 in Frankfurt [M].)

Es gibt in den sozialen Protestbewegungen ein Netzwerk, das Aktionsbündnis Sozialproteste, welches in den letzten Monaten konsequent den Weg gegangen ist, einerseits eine eigene Handlungsfähigkeit der Sozialproteste an sich herzustellen, sich andererseits aber auch bewusst ist, dass wir Regelsatzänderungen oder den Mindestlohn nicht alleine mit moralischen Appellen auf dem Marktplatz erkämpfen werden. Solange die Erwerbstätigen in den Betrieben lieber auf Lohn verzichten und trotzdem die Verlagerung der Produktionsorte erleben müssen, solange sich Michel Maurer, Edgar Schu, Rainer Wahls

nicht die Gewerkschaften vor allem durch die Arbeit ihrer Mitglieder verändern und auch der Gewerkschaftsapparat dem gesellschaftspolitischen Problem der Armut, der Erwerbslosen, der Beschäftigten im ausgeweiteten Niedriglohnbereich wie auch der prekären Selbständigen zuwendet, solange brauchen die Profiteure der Verarmung und die plurale Fassung der Hartz-Einheitsparteien keine gesellschaftliche Gegenmacht fürchten, auch wenn sie in der Bundesrepublik die Interessen einer absoluten Minderheit vertreten.

Wir brauchen eine Gegenmacht einer „gesellschaftlichen Linken“, die einfach mehr ist als die einzelnen Partei-, Gewerkschafts- oder Verbandsapparate und deren Mitglieder oder die verschiedenen Initiativen innerhalb der sozialen Bewegungen. Diese entsteht nicht von alleine, gerade weil Apparate immer auch eigene Interessen haben und in die Sachzwanglogiken eingebunden werden.

Das ABSP als Netzwerk, kollektiver Akteur und bewegungspolitischer Übersetzer

Das Aktionsbündnis Sozialproteste (ABSP, im Internet: www.die-soziale-bewegung.de) ist ursprünglich in der Zeit der Massenprotestbewegung gegen Hartz IV als ein Demonstrationsbündnis von städtischen Initiativen, regionalen Zusammenschlüssen und Einzelpersonen entstanden, die in der damaligen Auseinandersetzung die bundesweite und gesellschaftlich breit aufgestellte Demonstration vom 2. Oktober 2004 organisiert und umgesetzt haben. Aus diesem Netzwerk der einzelnen Initiativen der Montagsdemonstrationen und von Aktivist/innen aus Sozialbündnissen und örtlichen attac-Gruppen ist im Juli 2005 in Kassel ein „kollektiver Akteur“ entstanden, dem es auf der einen Seite darum geht, dass die Betroffenen des gut organisierten, sozialen und politischen Klassenkampfes von Oben sich wieder selber organisieren und im wahrsten Sinne des Wortes wieder Eigenmächtig werden und sich auf der Straße ihre Würde und Selbstachtung zurückholen. Auch wenn es uns nicht gelungen war, dass Hartz IV-Gesetz durch direkte Aktionen und offene Regelverstöße wie den „Agenturschluss“ zur Einführung des SGB II's zu kippen.

63 Städte beteiligten sich im September 2005 an der Idee einer gemeinsamen „Hartz-Schluss-Kampagne“. Das weitere Vorgehen des Netzwerkes war ebenfalls davon geprägt, dass Aktionsideen und inhaltliche Orientierungen der verschiedenen örtlichen Bündnisse in den zweimonatlichen Bundestreffen gesammelt wurden und der Kokreis den Arbeitsauftrag hatte, aus den verschiedenen Vorschlägen konsensuale Kampagnenideen und Kompromisse für die inhaltlichen Ziele zu entwickeln und vorzuschlagen. Diese wurden von Kampagne zu Kampagne und auf bundesweiten Treffen wiederum weiter entwickelt. Das Arbeitsprinzip im Aktionsbündnis war immer das der **freien und gleichen Kooperation**:

- Der Kokreis des ABSP konnte nie etwas erzwingen, sondern das handlungsfähige Netzwerk basierte immer auf Freiwilligkeit. Alle Entscheidungen können jederzeit neu ausgehandelt werden.
- Wer Kampagnenvorschläge so oder ähnlich umsetzen wollte, hat dies getan, wer die Vorschläge verändern wollte, ebenfalls. Und wer sich nicht beteiligen wollte, hat dies unterlassen. An der Beteiligung an Kampagnen lässt sich immer erkennen, wie gut die Fähigkeit des Kokreises des ABSP ist, attraktive Angebote zu machen.
- Der KoKreis selber ist ein Arbeitsgremium, das auf den bundesweiten Treffen bestätigt wird und der möglichst so zusammengesetzt werden sollte, dass die verschiedensten Kompetenzen und Sichtweisen widerspiegelt werden und es dazu noch möglichst eine regionale Multiplikatorenfunktion gibt.
- Zum Prinzip der freien und gleichen Kooperation gehört auch, dass einzelne Menschen und Initiativen ihre Kooperationsleistungen einschränken, unter Bedingungen stellen oder auch gänzlich beenden können.

In dieser Art und Weise gab es in den letzten Monaten gewisse Fortschritte auf der bundespolitischen Bewegungsebene, was die Handlungsfähigkeit und das gemeinsame Vorgehen der sozialen Bewegungen angeht:

Am 3. Juni gab es eine Demonstration in Berlin zum Zeitpunkt des „Fortentwicklungs“-Beschlusses der gesetzlichen Repressionen gegen erwerbslose Bürger und der eingeführten „Stallpflicht“ von erwerbslosen jungen Erwachsenen, mit denen sich die Sozialproteste in einer Bündnisbreite auf der Straße zurückgemeldet haben und ohne die wahrscheinlich ein innerer und äußerer Druck eines DGB-Beschlusses für eine Herbstmobilisierung nicht zustande gekommen wäre. Die Zahlen der Demonstrierenden in den verschiedenen Städten am 21. Oktober waren ansehnlich, und trotzdem müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass in keiner der Regierungsparteien Mehrheitsmeinungen in der Bevölkerung akzeptiert werden. In der Frage der regierungspolitischen Reaktion gibt es kaum einen Unterschied zu den DGB-Massendemonstrationen vom 3. April 2004. Der entscheidende und qualitative Unterschied am 21. Oktober war die eigenständig organisierte Demonstration des Sozialprotest-Bündnisses in Berlin, dem sich alle wichtigen Berliner Einzelgewerkschaften angeschlossen hatten. Eine „gesellschaftliche Linke“ ist in dieser Bundesrepublik ein Lernprozess, bei dem es darum geht, in einem kritischen Spannungsverhältnis soziale Bewegungsansätze und die Durchsetzungsfähigkeit von Organisationen miteinander zu verbinden, ohne in die Logik der alten Stellvertreterpolitik zu verfallen.

Bündnisfähigkeit - wohin und wozu?

Wie breit soll dieses Bündnis aufgestellt sein? Mit wem können Initiativen der Sozialproteste vor Ort und auf der Ebene der bundesrepublikanischen Auseinandersetzungen eine „strategische Allianz“ eingehen? Diese Fragen sind nicht unwichtig, gerade weil die Hartz-Protteste und die Montagsdemonstrationen als Austragungsform eine spontane und gesellschaftlich verankerte Protestbewegung waren und sie eben nicht von linken Bewegungsstrategen ausgetüftelt und von dem kleinen Kreis der üblichen Aktivisten inszeniert wurden. Mit Rot/Grün war von vielen eine Hoffnung auf eine „grüne Arbeiterregierung“ (M. Schlecht) verbunden. Diese Ent-Täuschung über den Basta-Kanzler und einen kriegführenden Außenminister sollte spätestens seit der Agenda 2010 eingesetzt haben.

Die Dynamik der Massenproteste 2004 kam von den wöchentlichen Montagsdemonstrationen der kleineren Städte, der Anfang dieses Bewegungszyklusses der sozialen Proteste beginnt mit der Aufbruchstimmung nach der Großdemonstration vom 1. November 2003 in Berlin. Mit diesem Auslöser eines gesellschaftlichen Mobilisierungsprozesses ist aber auch ein Konflikt um die eigene Bündnisfähigkeit und über Versuche von einigen Gruppen und linken Kaderparteien verbunden, diesen Aufbruch für ein eigenes Parteaufbauprojekt zu nutzen. Dieser Konflikt führte im Vorfeld des 1. November zum Ausschluss der MLPD aus dem damaligen Trägerkreis. Diese Auseinandersetzung um Führungsansprüche führte 2004 zu genau den gleichen Dominanzkämpfen um eine breite Demonstration am 2. Oktober oder um einen klassenkämpferischen, parteipolitisch orientierten Sternmarsch am 3. Oktober. Der Preis für diese Auseinandersetzung war eine massive Verunsicherung der Betroffenen, fortgesetzte Dominanzkämpfe bis in die Kleinstädte hinein und das gelingende Krisenmanagement der Regierung, die sich dann doch in vorgezogene Wahlen geflüchtet hat.

Weil konkurrierende Sozialproteste das Gegenteil von einer Mobilisierung und „Selbstermächtigung“ im Sinne einer Empowerment-Strategie sind, gab es im ABSP die breit diskutierte Mehrheitsentscheidung, sich keinen Lautsprecherkrieg mehr zu liefern, eigenständige Kampagnenansätze zu entwickeln und nur dann geschlossen als „kollektiver Akteur“ zu agieren, wenn eine solche Kampagne ohne das inhaltlich begründete Veto einer Initiative getragen wird. Nur durch eine solche produktive Konflikttoleranz war es möglich, aus einer eigenen Handlungsblockade herauszukommen und eine offene Bündnisarbeit zu entwickeln.

Ja, so ein „offener“ Umgang mit zwei Montagsdemonstrations-Bündnissen ist schwierig und hat manchmal mehr mit der „Kunst des Handelns durch Nichthandeln“ zu tun. Es gibt aber sonst nur zwei andere Alternativen: Akteure aus dem MLPD-nahen Umfeld müssen isoliert werden oder die Initiativen aus dem ABSP passen sich der hierarchischen Arbeitsweise und der „gelenkten Demokratie“ der parteinahen Montagsdemonstrations-Koordinierung an. Gerade weil das ABSP

eine offene Arbeitsstruktur ist, funktioniert darin kein Machtkampf um die Stadt-Delegierten und jede Initiative muss über ihre Konzepte und Argumentationen überzeugen. Es ist richtig, ein solcher Weg bürgt ein anderes Risiko: Menschen mit einem anderen Bildungshintergrund und einer entsprechenden Darstellungsfähigkeit haben bessere Durchsetzungsmöglichkeiten. Auf der anderen Seite werden langfristig die Sozialproteste aus dem politischen Stimmungsumbruch in Deutschland heraus nur dann eine reale politische Wirkung erzeugen, wenn die „herrschende Meinung“ nicht mehr nur die Meinung der Herrschenden ist. Bis jetzt konnte das ABSP gerade durch seine Arbeitsweise eine Scharnierfunktion zwischen den sogenannten „arbeitsmarktfernen“ Unterschichten der SPD-Studie und den tragenden Hartz IV-Aktivisten, die alles andere als bildungsfern sind und zum großen Teil in der Alt-DDR eine solide Ausbildung bekommen hatten aber in der neuen Bundesrepublik nicht mehr benötigt werden, erfüllen. Auf der anderen Seite trifft die Verarmung heute weite Teile der prekären Selbständigen und der Ausgebildeten, die auf eine Arbeitswelt der flexibilisierten Jobs und einen prekären Niedriglohnsektor stoßen (Siehe dazu: Karl Heinz Roth: Die Intelligenz und die soziale Frage - http://www.unet.univie.ac.at/~a9709070/grundrisse18/karl_heinz_roth.htm.)

Jenseits der eigenen Blockade

Diese Arbeitsweise und strategische Ausrichtung ist nicht unumstritten. In einigen Initiativen in Thüringen und Brandenburg gibt es einen organisatorischen Bezug auf die „andere“ Montagsdemonstrations-Koordinierung, wird die „proletarische Denkweise“ (Programm der MLPD) und eine klassenkämpferische Position sowie das Ziel einer revolutionären Partei mit Volksverankerung als ein richtiger Weg angesehen. Der wird aber nur dann eine Bewegungsdynamik bekommen, wenn die Spaltung der Sozialproteste aufgehoben wird und eine einheitliche Führung bekommt. Ein Gesamtprojekt kann es dann werden, wenn die Tradition des Sternmarsches in und auf Berlin als jährlicher Höhepunkt verankert wird.

Über die Zahlen der Demonstrationsteilnehmer lässt sich bekanntlich streiten, weil es jeweils Interessen gibt, sie hoch oder klein zu rechnen. Der letzte „Sternmarsch“ lässt sich kaum als ein „Bewegungserfolg“ verkaufen, hatte wenig Resonanz in der Berliner Bevölkerung, und viele Gewerkschaftsfahnen reichen nicht aus, um die Distanz der Mehrheit der gewerkschaftlichen Kolleg/innen und ihrer örtlichen Gliederungen zu überspielen. Die Perspektive dieses Bewegungsansatzes ist es, sich zukünftig über kommunale Listen eine eigene Wahlverankerung zu verschaffen und die gefühlte Gemeinschaft durch eine jährliche Demonstrationstradition zu verstärken. Im Kern geht es um ein kadertechnisches Parteaufbauprojekt Ost mit einer Orientierung auf den alten, industriellen Massenarbeiter, das notwendigerweise von einem Erwerbslosen-Umfeld getragen werden muss. Eine solche strategische Ausrichtung ist eher eine Einschränkung und keine gesellschaftliche Öffnung der Sozialproteste.

Wie geht nun das ABSP mit dieser Situation um? Ohne einen produktiven Streit würde sich das ABSP nicht weiterentwickeln. Es gibt auch viele gute Gründe, das eigene Handeln weder von Parteaufbauinteressen noch von dem sozialdemokratischen Führungspersonal des DGB abhängig zu machen. Auch wir müssen lernen, mit dem Spannungsverhältnis zwischen kritischer Distanz und solidarischer Nähe ohne eine Aufgabe der eigenen Autonomie umzugehen.

Wer ist das wahre ABSP und wer vertritt die wirkliche Würde des Menschen?

Das Aktionsbündnis musste sich im letzten Jahr, also 2006, auf der bundespolitischen Bühne einbringen, weil es kaum einen anderen kollektiven Akteur gegeben hat, der Interessen und die Glaubwürdigkeit von Hartz IV-Betroffenen einbringen konnte und als Mittler zwischen einer alten und neuen Radikalen Linken auf der einen Seite und kritischen Gewerkschaftern und Gewerkschaftsgliederungen auf der anderen Seite vermitteln konnte.

Dabei haben wir die regionale Entwicklung und die Festigung des eigenen Netzwerkes der Initiativen vernachlässigt. Um so wichtiger war es, dass es neben den zweimonatigen Bundestreffen auch andere Verständigungsorgane und Interventionen in die mediale Öffentlichkeit gibt, weil die „herrschende Meinung immer die Meinung der Herrschenden ist“ (B. Brecht).

Genau deshalb war der Vorschlag des KoKreises des ABSP richtig, mit dem „Artikel 1“ so eine öffentlichkeitswirksame Diskussionsplattform dezentral zu produzieren. Die Probleme fangen dann an, wenn über das Medium Zeitung eine Meinungsführerschaft hergestellt werden soll, die es in der offenen Debatte nicht gegeben hat. Inhaltliche Positionen können und sollten nicht durch den Zugriff auf die technischen Grundlagen geklärt werden.

Der „Artikel 1“ kann und soll nicht eine Verlautbarungsplattform des KoKreises sein und jedes Zeitungsprojekt muss damit umgehen, dass es ein Tendenzbetrieb ist, der sich auf einen Bewegungszusammenhang beruft. Gelingt es so einem Projekt nicht, zwischen persönlichen Meinungen und politischen Debatten zu unterscheiden, dann werden politische Konflikte personalisiert und damit nicht mehr produktiv austragbar.

Wie so oft wird dann eine herausgedrängte Minderheitenmeinung, die allerdings einen anderen Pol der diskutierten Kompromissposition des ABSP-Bundestreffen vertritt, sich Wege für eine eigenständige Veröffentlichung suchen. Der Streit um die Namensrechte beider Publikationen wird sich nur dann lösen lassen, wenn es ein Zurück zu einer offenen, politischen Kultur gibt, die mit inhaltlichen Differenzen und eingeschränkten Kooperationen leben kann.

Das Gegenteil ist leider in der letzten Ausgabe des „Artikel 1“ (www.artikel-eins.de.vu) zu lesen: das Problem der „Störenfriede“ ließe sich dadurch lösen, indem es eine organisierte Ausgrenzung gibt. Dass der Streit um die Namensrechte nur der Anlass und nicht der eigentliche Konflikt ist, das ist im nächsten Satz nachlesbar: „... denn in diesem Koordinierungskreis gibt es Personen, die einfach nur Streit suchen oder sich selbst zu wichtig nehmen.“ (Kühr, B.: 15.1.07 in „Artikel Eins“). Jede inhaltliche Debatte wird nicht funktionieren, solange jemand meint, diesen politischen Konflikt um strategische Orientierungen durch direkte und indirekte Ausgrenzungen lösen zu können.

Gerade weil es nicht nur um einen redaktionellen Streit geht, sondern es durch die Art, wie ein politischer Streit ausgetragen wurde, jetzt faktisch zwei regionale Bündnisse in Brandenburg gibt, müssen die Konflikte auch in den Zusammenhang gestellt werden, aus dem heraus sie sich entwickelt haben. Es kann durchaus sein, dass es perspektivisch zwei regionale Vernetzungen geben wird. Was nicht passieren sollte: das wäre eine gegenseitige Blockierung bei einer Brandenburgweiten Demonstration der Sozialprotestinitiativen und bei der Organisation des Euromarsches von Dresden nach Berlin.

Brauchen wir ein Zentralorgan? Welchen Vorschlag haben wir für den Kokreis und das bundesweite Treffen des ABSP?

Die erste Ausgabe des damals in einer gemeinsamen Redaktion entstandenen „Artikel Eins“ wurde mit dem Logo des ABSP am 3. Juni 2006 auf der Sozialprotest-Demonstration in Berlin verteilt. Im Vorfeld des so genannten Sternmarsches gab es eine Auseinandersetzung um seine Wichtigkeit. Es sollte eine andere Position veröffentlicht werden als die des ABSP. Nämlich die, dass massiv im Namen der bundesweiten Sozialproteste und nicht nur einzelner Bündnisse dafür mobilisiert werden und dem DGB als Bündnispartner das Misstrauen ausgesprochen werden sollte. Der Kokreis des ABSP hatte auf diesen Vorgang keinen Einfluss mehr. Auf der anderen Seite entstand durch die Art der Publikation der Eindruck, dass diese Position eine Gesamtmeinung des ABSP wäre.

Dieser interne inhaltliche Konflikt, der von der technischen Chefredaktion zugunsten des Sternmarsches auf die Spitze getrieben wurde, führte dazu, dass sich ein großer Teil der ehemaligen Gründungsmitglieder des „Artikel Eins“ aus dem Projekt zurückzog.

Mit dem Anspruch, den Namen der ehemaligen gemeinsamen Zeitung nicht fallen zu lassen, gründeten sie eine Zeitung mit an den alten Namen anklingendem Titel: „Artikel Eins – Online“. Diese Reaktion ist aus unserer Sicht mehr als verständlich. Auf der einen Seite ist es eine Reaktion aus der Enttäuschung über die Entwicklung eines Zeitungsprojektes, das ursprünglich zusammen und als Unterstützung des Bündnisses gegründet wurde. Auf der anderen Seite war es problematisch, dass nur noch eine Position als Mehrheitsmeinung dargestellt wurde, ohne dass diese sich um die Gesamtdebatte gekümmert hat.

Im Rückblick ist es nur noch möglich, nachzuvollziehen, wieso es zu diesem „Rosenkrieg“ in den Sozialprotesten und innerhalb des Aktionsbündnisses gekommen ist.

Natürlich gäbe es Wege, die kritisierte Namensähnlichkeit aufzulösen. Ein Weg vor das Gericht ist eine denkbare Lösung, die erstens kaum Aussichten auf Erfolg hat, zweitens Geld kostet, das anders sinnvoller zu verwenden wäre und drittens kaum die eigene Glaubwürdigkeit stärken würde.

Eine Zusammenführung beider Zeitungsprojekte würde eine offene und pluralistische Arbeitsweise voraussetzen. Auch dieser Weg wird wohl in der nächsten Zeit nicht besritten werden.

Deshalb gibt es für uns nur einen gangbaren Weg für den Kokreis und das ABSP:

- Jedem Zeitungsprojekt werden die gleichen Informationen und Texte zur Verfügung gestellt (für diese Vorgehensweise hat sich auch schon Andreas Hähle aus Gera mit seinem satirischen Projekt „Hirn! Los!“ entschieden).
- Wir akzeptieren die redaktionelle Autonomie, wir akzeptieren aber nicht, dass für das ABSP als Ganzes gesprochen wird und verfälschende Leitartikel bewusst nicht die diskutierte Mehrheitsmeinung darstellen. Sollte das weiterhin passieren, dann nimmt sich der Kokreis die Freiheit heraus, eine Gegendarstellung zu veröffentlichen.
- Wir würden beiden Redaktionen empfehlen, die redaktionellen Mitglieder und die tragenden Initiativen kenntlich zu machen. Beide Zeitungsprojekte sollten durch ihren Gebrauchswert überzeugen.
- Wir würden dem Kokreis vorschlagen, ein vermittelndes Gespräch im Rahmen des bundesweiten Treffens anzubieten. Dort sollte der Gebrauch des Logos, die Verlinkung von der Bündnisseite und die Rückkoppelung zu unserer Forenseite diskutiert werden.
- Unserer Meinung nach wird es dann möglich sein, die Namensfrage im gegenseitigen Einverständnis zu klären, wenn die politischen Konflikte ausgetragen und nicht mehr personalisiert werden. Wir könnten uns sehr gut einen Titel: [menschenwuerde-online.de] vorstellen. Wir meinen aber auch, dass dies ohne einen Klärungsprozess und eine offene politische Streitkultur nicht möglich ist.

Wir brauchen eher mehr Debatte und mehr Orte, an denen sich die Initiativen austauschen und verständigen können. Deshalb halten wir eine enge Verzahnung von Darstellung der Aktivitäten vor Ort auf unserer Homepage, eine innere Debatte auf unserer Forumsseite und eine Aufarbeitung dieser Diskussionen für eine öffentliche Flugzeitschrift für notwendig.

Abschließend möchten wir noch sagen, dass wir uns für die Zukunft wünschen, dass unterschiedliche Ansichten, welche politischen Strategien verfolgt werden sollten, weniger als persönliche Anfeindungen, Sticheleien oder Schmähedichte ausgefochten werden als durch inhaltlich-politische Auseinandersetzungen und strategische Betrachtungen. Solche rein personalisierenden Beiträge erschienen in der Vergangenheit in beiden Zeitungen und zuletzt im „Artikel Eins - Online“. Wir hoffen, dass das zuletzt erschienene Schmähedicht weder eine Fortsetzung noch eine Antwort haben wird, sondern unter die Auseinandersetzung auf dieser Ebene nun ein Schlussstrich gezogen sein kann. Auf produktiven, vorwärts treibenden und inhaltlich interessanten politischen Streit!

Autoren: Michael Maurer, Edgar Schu & Rainer Wahls